



Wehrpflichtgegner Westerwelle in Kunduz: „Eine Sache von gestern“

„Überflüssig und ungerecht“

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle über die Aussetzung der Wehrpflicht und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

SPIEGEL: Herr Westerwelle, haben Sie gedient?

Westerwelle: Nein, 1979 wurden gleichgeschlechtlich orientierte Männer ausgemustert. So war das damals.

SPIEGEL: Ihre Partei fordert die Aussetzung der Wehrpflicht. Warum?

Westerwelle: Derzeit werden nur rund 15 Prozent der Männer eines Jahrgangs eingezogen, während viele andere an ihrer Karriere arbeiten können. Da ist es ein Akt der Gerechtigkeit, auf eine Freiwilligenarmee umzustellen. Ich bekomme Briefe von jungen Männern, die mitten in der Wirtschaftskrise eine Festanstellung mit unbefristetem Arbeitsvertrag sausen lassen müssen, weil ihnen plötzlich die Einberufung zum Wehrdienst einen Strich durch die Rechnung macht.

SPIEGEL: Die Wehrpflicht galt immer als wichtige Klammer zwischen Gesellschaft und Armee. Haben Sie keine Angst vor dem Staat im Staate?

Westerwelle: Die Bundeswehr ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Außerdem wollen wir keine Berufsarmee einführen, sondern eine Freiwilligenarmee, in der sich Soldaten auch für kurze Zeit verpflichten können. Damit bliebe ein reger Austausch zwischen Gesellschaft und Bundeswehr erhalten.

SPIEGEL: Befürchten Sie nicht, dass nur noch die Rechten und die Doofen zur Bundeswehr gehen?

Westerwelle: Andere Länder schaffen es doch auch, die Qualität ihrer Armee zu halten. Von 27 EU-Partnern haben gerade mal noch sieben eine Wehrpflichtigenarmee.

SPIEGEL: Was wird aus dem Zivildienst?

Westerwelle: Wenn der Wehrersatzdienst als Argument für die Wehrpflicht erhalten muss, ist deren Verfassungswidrigkeit doch offenkundig. Wir müs-

sen das freiwillige soziale Jahr fördern und die ordentlichen Beschäftigungsverhältnisse ausbauen.

SPIEGEL: Verteidigungsminister Franz Josef Jung zeigt sich optimistisch, dass die Wehrpflicht auch in einer Koalition mit der FDP erhalten bleibt. Werden Sie umfallen?

Westerwelle: Wir finden die Wehrpflicht überflüssig und ungerecht und wollen sie aussetzen. So werden wir es auch in den Koalitionsverhandlungen vertreten. Die Jüngeren in CDU und CSU sind da übrigens ganz unserer Meinung.

SPIEGEL: Die nicht mehr ganz so junge Bundeskanzlerin hat die Wehrpflicht gerade als „Markenzeichen“ gepriesen.

Westerwelle: Die Wehrpflicht hatte ihre Verdienste. Heute ist sie eine Sache von gestern. Mit den Auslandseinsätzen hat die Bundeswehr neue Aufgaben übernommen.

SPIEGEL: Verfolgt die Bundesregierung in Afghanistan die richtige Strategie?

Westerwelle: Die Bundeswehr verteidigt in Afghanistan die Sicherheit Deutschlands. Wenn wir dort allerdings je wieder rauskommen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die Afghanen sich mit einer eigenen Armee und eigenen Polizisten schützen können. Das wird leider noch eine Weile dauern, auch weil die Bundesregierung bei der Ausbildung der afghanischen Polizei zu lange ihren Zusagen nicht nachgekommen ist.

SPIEGEL: Wann würde ein Außenminister Westerwelle die Soldaten aus Afghanistan abziehen?

Westerwelle: Wenn wir sicher sein können, dass Kabul anschließend nicht wieder die Hauptstadt der Terroristen in der Welt wird.

INTERVIEW: ULRIKE DEMMER

werben inzwischen sogar ehemalige Sträflinge an.

Doch dieser Vorteil bei der Rekrutierung kann das größte Problem der Wehrpflicht nicht wirklich überwiegen: die Gerechtigkeitslücke. Man muss nur den Jahrgang 1984 unter die Lupe nehmen: Von den rund 435 000 jungen Männern leisteten rund 82 000 Dienst in der Armee, eine Quote von 19 Prozent. Rund 21 Prozent traten als Kriegsdienstverweigerer zum zivilen Ersatzdienst an. Knapp 30 Prozent wurden anhand strenger Musterungskriterien für untauglich befunden, für den Rest galten andere Ausnahmen, etwa eine Verpflichtung beim Technischen Hilfswerk oder bei der Polizei (siehe Grafik Seite 21).

Minister Jung versucht sich an eigenen Rechnungen. Nach Abzug aller, die untauglich oder anderweitig vom Wehrdienst ausgenommen seien, würden immerhin rund 80 Prozent der verfügbaren Männer zur Bundeswehr oder zum Ersatzdienst eingezogen. Das entspreche auch den Vorstellungen des Bundesverfassungsgerichts von „Dienstgerechtigkeit“.

Beide Rechnungen stimmen. Dennoch beklagen Verwaltungsrichter die Zustände als ungerecht. Und selbst in der Union wollen längst nicht mehr alle den Argumenten und Rechenkünsten ihrer Führung folgen.

„Ich kann meinem jüngeren Bruder nicht erklären, warum er zur Bundeswehr musste und seine Fußballkumpel nicht“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn, 29. Fehlende Wehrgerechtigkeit drohe die Akzeptanz der Wehrpflicht zu untergraben.

„Wenn nur noch ein kleiner Teil der jungen Männer eingezogen werden kann, können wir die Wehrpflicht auch gleich ganz abschaffen“, sagt der Chef der Jungen Union Bayern, Stefan Müller.

Während ihnen ringum die Verbündeten verlorengehen, richten die Kanzlerin und ihr Verteidigungsminister ihre größten Hoffnungen ausgerechnet auf jenen Mann, der gerade am lautesten nach Aussetzung der Wehrpflicht ruft. Trotz seiner großen Ankündigungen werde Westerwelle schon noch einknicken, glaubt man in der CDU. „Das wäre bei denen ja nicht das erste Mal“, heißt es aus der Parteiführung.

Angeblich gibt es schon jetzt erste Signale. Führende hessische Verteidigungspolitiker wollen aus der FDP-Führung eine deutliche Ansage erhalten haben, dass die Wehrpflicht am Ende „kein Koalitionsproblem“ werde – egal was im Parteiprogramm stehe, egal was Westerwelle bis dahin noch an markigen Parolen ausbebe.

Bei einer schwarz-gelben Koalition, verkündete Jung vorige Woche in seiner Bilanzpressekonferenz, sei er „ganz hoffnungsvoll, dass wir die Wehrpflicht behalten können“.

ULRIKE DEMMER,
MARKUS FELDENKIRCHEN, ALEXANDER SZANDAR